

EXTRA

zum Streik im Öffentlichen Dienst 2006



VER.DI VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT, GEWERKSCHAFT DER POLIZEI, DBB TARIFUNION, GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT



Nicht ohne uns!

Mehrheit der Arbeitgeber in den Ländern will keinen Kompromiss – Notwehr gegen Arroganz der Macht

Es geht doch! In Niedersachsen haben die kommunalen Arbeitgeber zusammen mit den Gewerkschaften gezeigt, wie der wochenlange Arbeitskampf im öffentlichen Dienst beendet werden kann: durch Kompromiss. Beide Seiten haben Zugeständnisse gemacht, beide Seiten können erhobenen Hauptes aus diesem Streik herausgehen. So funktioniert Tarifpolitik in Deutschland – ein Geben und Nehmen nach harten Verhandlungen mit dem Ziel, für Arbeitgeber und Beschäftigte verlässliche, vertraglich festgelegte Regelungen über Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen und Bezahlung zu schaffen. Auch im kommunalen Bereich Baden-Württemberg wurde eine Schlichtung vereinbart und es geht für alle Betroffenen einen Schritt voran.

Schon Anfang März hatten die Hamburger mit einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 38,8 Wochenstunden einen Kompromiss erzielt. Nicht alle waren einverstanden, aber dennoch konnten die Gewerkschaften den Streik in den kommunalen Bereichen der Hansestadt einstellen. Die Müllberge wurden nach und nach weggeräumt, das Leben normalisierte sich wieder.

Nicht einmal einen Zettel dabei

Doch nicht überall sind die öffentlichen Arbeitgeber bereit, sich auf einen Kompromiss einzulassen. Im Bereich der Bundesländer hat der Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder (TdL), der niedersächsische Finanzminister Hartmut Möllring, bei dem Verhandlungstermin am 10./11. März demonstrativ gezeigt, dass er kein Interesse an einem Kompromiss mit den beteiligten Gewerkschaften hat. „Nicht einmal einen Zettel für Notizen hatte er dabei“, berichtete ein Teilnehmer aus den zwölfstündigen Verhandlungen. Die Gewerkschaften dbb tarifunion, GdP, GEW und ver.di hatten ernsthaft an einem Kompromiss gearbeitet. GEW-Tarifexperte Ilse Schaad: „Wir sind mehrmals bis zur Schmerzgrenze gegangen.“

Noch während ver.di-Chef Bsirske im Foyer der niedersächsischen Landesvertretung der Presse erklärte, der Verhandlungsführer der Arbeitgeber habe zu keinem Zeitpunkt eigene Vorstellungen für eine Lösung des Konflikts auf den Tisch gelegt, polterte ein Rollkoffer über die Steinfließen: Mit leicht süffisantem Lächeln strebte Hartmut Möllring zum Ausgang. Ihn interessierte schon nicht mehr, was die Vertreter von mehr als vier Millionen Beschäftigten zu den gescheiterten Verhandlungen zu sagen hatten.

Länder-Mehrheit will ein Diktat

Nach sechs Wochen Arbeitskampf in Universitätskliniken wie bei Straßenmeistereien und anderen Einrichtungen der Bundesländer wird immer offensichtlicher, dass eine Mehrheit der Arbeitgeber eine Lösung blockiert. Der schleswig-holsteinische Innenminister Ralf Stegner, Stellvertreter Möllrings in der Verhandlungsdelegation, gab einsetzend seinen Eindruck wieder: Möllring und die Mehrheit der CDU-Ministerpräsidenten wollten keinen Abschluss. „Ich glaube, man muss sehr wohl hart verhandeln“, sagte Stegner, entscheidend sei jedoch dabei die Fähigkeit zu behalten, dem Gegenüber mit Respekt zu begegnen. Konrad Freiberg, Vorsitzender der Polizeigewerkschaft, nannte Möllring einen „Brandstifter“, Der Verhandlungsführer der dbb tarifunion, Frank Stöhr, bedauerte: „Es haben sich leider diejenigen durchgesetzt, die eine Fortdauer des Konflikts wollen.“ Bayerns Ministerpräsident Stoiber verkündete schon vor Wochen das Ziel der CDU-Länderchefs: „Es wird auch für die anderen Wirtschaftszweige nicht ohne Auswirkung bleiben, wenn der öffentliche Dienst auf eine Wochenarbeitszeit von bis zu 42 Stunden kommt“.

Die Botschaft ist angekommen: Mitglieder der IG BAU und der IG Metall haben inzwischen an Protestaktionen teilgenommen, zahlreiche Prominenten bekunden ihre Solidarität mit den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Liebe Bürgerin, lieber Bürger,

seit sechs Wochen befinden sich Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes im Streik. Zehntausende Krankenschwestern, Polizisten, Lehrer und Erzieherinnen, Müllwerker, Arbeiter und Angestellte in den Autobahnmeistereien kämpfen für sich und alle anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gegen die Verlängerung ihrer Arbeitszeit, gegen die Streichung bzw. Absenkung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld. Sie wissen, dass der Streik zahlreiche Belastungen für die Bevölkerung mit sich bringt. Aber die Pläne der Arbeitgeber sind dauerhaft mit viel größeren Nachteilen verbunden als die zeitweiligen Beeinträchtigungen durch die Gegenwehr der Beschäftigten. Denn was die Arbeitgeber heute im öffentlichen Dienst versuchen, wird morgen auch in allen anderen Branchen versucht werden:

- 250 000 Arbeitsplätze werden durch verlängerte Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst bedroht
- Arbeitszeitverlängerung führt auch zum Abbau von Ausbildungsplätzen
- und verschlechtert die Chancen junger Menschen auf einen Arbeitsplatz nach der Ausbildung
- Zehntausenden befristet Beschäftigten droht der Arbeitsplatzverlust

Ist das bei 5 Millionen Arbeitslosen zu verantworten?

Wir sagen: Nein. Besser Müllsäcke liegen auf der Straße als noch mehr Arbeitslose.

Bei diesem Streik geht es auch um die Qualität öffentlicher Dienstleistungen: um die Sicherheit im öffentlichen Raum, um die Patientenversorgung im Krankenhaus, um die Betreuungsgüte in den Kindertagesstätten und um die Qualität in der schulischen und beruflichen Bildung. Uns liegt an einer guten Qualität öffentlicher Dienstleistungen ebenso wie an vernünftigen Bedingungen für die Beschäftigten. Schon heute liegen die Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst deutlich über dem Durchschnitt der Wirtschaft. Jede Minute zusätzlicher Arbeitszeit bedeutet neue Stellenstreichungen: bei der Polizei, in Krankenhäusern und Kindertagesstätten.

Wir haben den Arbeitgebern Kompromisse angeboten. Aber die Mehrheit der Arbeitgeber bei den Ländern will keine Kompromisse. Sie setzt auf Diktat. Was verdient und wie lange gearbeitet wird, war bislang Gegenstand von Verhandlungen. Geht es nach den Möllrings, Stoibers und Wulffs soll das jetzt anders werden. **Der Dienstherr befiehlt, der Angestellte spurt. Was ist das für ein Demokratieverständnis? Wir sagen: Das darf nicht die Zukunft sein.** Deswegen wenden wir uns an Sie, an die Bürger/innen. Mit der Bitte um Verständnis und Unterstützung. Nicht Diktat, von welcher Seite auch immer, sondern Interessenausgleich muss auch in Zukunft die Beziehungen zwischen Arbeitnehmer/innen und Arbeitgebern prägen.



FRANK BSIRSKKE
ver.di

KONRAD FREIBERG
Gewerkschaft der Polizei

FRANK STÖHR
dbb tarifunion

ULRICH THÖNE
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

FOTOS: K. HERSCHELMANN, GDP, DBB, C. V. POLENTZ

Gemeinsam gegen den Ostwind

An Aktionen, Kundgebungen, Warnstreiks und Streiks Ende Februar und Anfang März waren auch in Thüringen Hunderte Beschäftigte aus Landesämtern, Ministerien, Autobahnmeistereien (s. Foto), Gerichten, Universitäten und anderer Einrichtungen beteiligt. Und auch um die Zukunft der Beamt/innen geht es. Ihrer aller Arbeitsbedingungen stehen in Frage.

FOTO: BASTIAN





LYDIA DANIEL,
Verwaltungsangestellte im
Robert-Koch-Krankenhaus
Gehrden

Auch mir passiert es an dem einen oder anderen Tag, dass ich nicht nach 7,7 Stunden meinen PC ausschalte und nach Hause gehe, sondern genau wie die Mitarbeiter in anderen Bereichen des Krankenhauses länger bleiben muss. Und nicht deswegen, um mir in der Teeküche noch einen Kaffee zu kochen und meinen Gummibaum zu wässern, sondern weil ich Arbeit erledigen muss, die keinen Aufschub duldet. Dies ist vergleichbar mit der stationären Versorgung von Patienten, die auch nicht nach 7,7 Stunden einfach abgebrochen wird.

In einem Kommentar der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* wurden unlängst Szenarien aufgezeichnet wie „Sterbensranke leiden unter dem Klinikstreik, allein Erziehende wissen nicht wohin mit ihren

Kindern...“ Es geht allein um eine Diffamierung der streikenden Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Nicht erwähnt wird, dass es Notdienstvereinbarungen in allen Bereichen, in den Krankenhäusern sowie in den Kitas gibt. Es gibt keine Sterbensranke die unter dem Klinikstreik leiden, dies zu behaupten, ist gefährlicher Unsinn.

Ich allerdings habe ein Grundrecht auf Streik. Und ich nehme dies Recht auch wahr, denn wenn ich und meine Kolleginnen und Kollegen die genannten 18 Minuten länger arbeiten, ist es gewiss, dass der befristete Arbeitsvertrag meiner Kollegin nicht verlängert wird. Eine arbeitslose Kollegin mehr.

Wenn ich und meine Kolleginnen und Kollegen die genannten 18 Minuten länger arbeiten, ist es gewiss, dass mehrere unserer Auszubildenden nach ihrer Ausbildung nicht übernommen werden. Wiederrum mehr Arbeitslose in diesem Land. Und diesmal sehr junge Menschen, die sicher ein Anrecht auf Beschäftigung haben.

Wenn ich und meine Kolleginnen und Kollegen die genannten 18 Minuten länger arbeiten, so wird auch der Arbeitsplatz, der durch die Altersrente meiner Kollegin frei wird, nicht mehr besetzt. Ein Mensch bleibt arbeitslos.



JÖRN CLASEN,
Schutzpolizeibeamter,
Hamburg

„Wenn wir verlieren, verliert auch die innere Sicherheit. Jede Arbeitszeitverlängerung führt bei uns in der Polizei zum Stellenabbau. Seit Jahren müssen immer weniger Polizeibeschäftigte immer mehr für weniger Geld arbeiten. Die Folgen baden die Bürger aus, nicht die Politiker, die sich immer gut beschützen lassen. Die Straßen werden immer unsicherer, die Gewaltkriminalität steigt. Für Sicherheit, Bildung und Gesundheitsversorgung bezahlen die Bürger mit ihren Steuergeldern – und bekommen immer weniger dafür. Wer jetzt unter den Streiks leidet, sollte seinen Protest an die Politiker richten, die ihn ausgelöst haben. Und nicht auf die schimpfen, die dafür kämpfen, dass Sicherheit, Bildung und Gesundheit für alle auch in Zukunft da sind.“



**KARL-HEINZ MÜTZEL und
BURKHARD LELL,**
Straßenwärter aus Oberthulba,
Nordbayern

„Ohne uns geht doch auf den Straßen und Autobahnen gar nichts,“ sagen Karl-Heinz Mützel und Burkhard Lell. Jeder Autofahrer flucht über Schlaglöcher oder nicht geräumte Pisten. „Wir sorgen Tag und Nacht für Sicherheit. Die ist oberstes Gebot – aber den politisch Verantwortlichen nicht einmal



Dieser Streik Millionen

**HOLGER NEUMANN und
ARMIN GOERS,** Rettungssanitäter,
Bonn

Rettungssanitäter sind Holger Neumann und Armin Goers aus Überzeugung geworden. Aber in den zurückliegenden Jahren haben sich die Arbeitsbedingungen im Universitätsklinikum Bonn immer weiter verschlechtert. „Mit BAT fühlen wir uns wirklich schlecht bezahlt. Die Arbeit ist körperlich anstrengend, die Verantwortung groß. Schließlich dürfen wir uns keine Fehler er-

lauben. Die Arbeitsverdichtung beim Transport von schwerkranken und intensivpflichtigen Patienten hat enorm zugenommen. Es gibt zu wenig Personal und deshalb auch keine planbaren Dienste. Immer wieder müssen wir einspringen und haben deshalb massig Überstunden. An Freizeit- und Familienplanung ist deshalb kaum zu denken,“ sagen beide übereinstimmend. Da bleibt der Frust nicht aus – und vom einstigen Traumberuf nicht so viel übrig. Damit wollen sich die beiden aber nicht abfinden: „Unser Streik ist schon wegen der geplan-

ten Arbeitszeitverlängerungen unbedingt richtig. Noch mehr Verschlechterungen können wir nicht hinnehmen. Wer gute, engagierte Arbeit leistet, der braucht auch Anerkennung und angemessene Bezahlung.“ Nicht ohne Grund orientierten sich schon Kolleginnen und Kollegen ins Ausland, wo bessere Arbeitsbedingungen geboten werden. „Immer neue Opfer kann man uns nicht abverlangen,“ zeigen sich die beiden kämpferisch. „Deshalb müssen wir uns wehren.“

BERT HAASE,
Mittelschullehrer aus
Sachsen, Bezirksverband
Chemnitz

„Ich stehe heute hier, weil ich auf die Angestellten in der Lehrerschaft aufmerksam machen will – auch die sind betroffen, wenn der Flächentarifvertrag ausgehebelt wird.“



KATHRIN ZSOTER,
Erzieherin aus Hannover

Damit ihre Kita nicht als „reine Aufbewahrungsstätte“ endet hat Kathrin Zsoter gestreikt. „Wenn noch mehr Stellen gestrichen werden, können wir gar keine Projekte und Ausflüge mehr mit den Kindern machen,“ sagt die Erzieherin. Die 30-Jährige ärgert es, „dass die Medien alles auf die 18 Minuten reduzieren und nicht darüber informieren, dass vor allem Stellen verloren gehen, wenn wir mehr arbeiten.“ Sie hat einen Zeitvertrag und was kommt, wenn der ausläuft, steht in den Sternen: „Verliere ich den Job? Behalte ich ihn, muss länger arbeiten für's gleiche Geld? Werden andere gekündigt, weil ich bleibe? Die Unsicherheit ist groß.“



KOMMENTAR VON HEINER MÜLLER (BAYRISCHER RUNDFUNK)



ne solide Grundausrüstung wert," machen die beiden Straßenwärter ihrem Ärger Luft.

„Uns in der Autobahnmeisterei Oberthulba (Nordbayern) fehlt es an der notwendigen Technik, vor allem aber an Personal.“ Mit immer weniger Leuten immer mehr Strecken bei höherem Fahrzeugaufkommen in Ordnung zu halten – ein Unding. Da kann von einer 38,5-Stunden-Woche meistens sowieso keine Rede sein. „Gerade bei schlechtem Wetter kann keiner von uns auf

die Uhr gucken. Nicht selten werden es dann 12 Stunden.“ Da ist doch wohl klar, dass die Kollegen gerade die geplanten Arbeitszeitverlängerungen als Provokation empfinden: „Mehr Sparen geht nicht!“ Zumal es trotz der Arbeitsverdichtung seit langem keine finanziellen Verbesserungen gibt. Junge Familienväter unter den Kollegen arbeiten jetzt schon nicht selten in einem Zweitjob, weil das Geld nicht reicht. „Deshalb ist für uns klar: Wir streiken weiter.“



So ist kein Staat zu machen

Wer, wie Hartmut Möllring, der Vorsitzende der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder, die Arbeitslosen gegen die Gewerkschaft in Stellung bringen will, der spielt mit falschen Karten. Oder er hat schon in der Grundschule im Rechenunterricht nicht aufgepasst. **Nehmen wir nur einmal an, in der Straßenmeisterei müssen – damit alles funktioniert – in der Woche 3 850 Stunden geleistet werden. Bei der jetzigen Arbeitszeit von 38,5 Stunden braucht man dazu also genau 100 Arbeiter. Müsste jeder dieser 100 Arbeiter künftig aber 42 Stunden arbeiten, dann könnte die gleiche Arbeit statt von 100 eben von nur noch 91 Arbeitern geleistet werden. 9 Arbeitsplätze fielen weg.** Das ist so, mit der Mathematik kann man nicht diskutieren.

Gut, werden Sie jetzt vielleicht sagen, das mag ja sein. Aber mit den öffentlichen Haushalten kann man erst recht nicht diskutieren, mit denen kann man ja schon seit Jahren keinen Staat mehr machen. Auf den ersten Blick ist das richtig. Die öffentlichen Kassen sind nicht nur leer – wir bauen auch noch riesige Schuldenberge auf.

Aber ein Naturereignis, ein unabwendbares Schicksal ist das nicht. Dass mit unseren öffentlichen Finanzen kein Staat mehr zu machen ist, hängt vielmehr damit zusammen, dass weite Kreise in unserem Land einfach keinen Staat mehr machen wollen. **Über viele Jahre hinweg haben wir – und zwar quer durch die Parteien hindurch – das hohe Lied vom schlanken Staat gesungen. Das, was unser Land in den Nachkriegsjahrzehnten so stark und lebenswert machte, nämlich ein gut funktionierendes Gemeinwesen, das wurde schlecht geredet, als Ballast empfunden, als Hemmschuh für die Entfaltung der freien Kräfte des Marktes.**

Und deshalb wurde es plötzlich modern, überall die Steuern zu senken, am deutlichsten übrigens bei den Reichen und Superreichen. Der Spitzensteu-

ersatz, der beim legendären CDU-Wirtschaftsminister Ludwig Erhard noch bei 53 Prozent gelegen hatte, wurde erst unter Kohl und dann unter Schröder von 53 auf 42 Prozent gesenkt. Ein anderes Beispiel: Allein durch die Körperschaftssteuerreform sollten 2002 rund 8 Milliarden Euro hereinkommen. Tatsächlich kam nicht nur nichts, sondern der Finanzminister musste großen Konzernen sogar noch 3 Milliarden zurückzahlen. Oder die Mehrwertsteuer: Seit Jahren weisen die Fachleute auf gigantischen Missbrauch hin, der für den Staat Ausfälle in zweistelliger Milliardenhöhe zur Folge hat.

Man muss nicht mehr solcher Beispiele nennen, um zu sehen, wo die wirkliche Ursache unserer Finanzkrise ist. **Nicht die Ausgaben der öffentlichen Hand sind explodiert sondern die Einnahmen wurden systematisch heruntergefahren. In der naiven Hoffnung, das private Kapital würde die Zurückhaltung des Staates honorieren, würde also freudig investieren und Arbeitsplätze schaffen.**

Nichts davon ist eingetroffen. Statt der Zahl der Arbeitsplätze steigen nun die auch noch steuerbegünstigten Gewinne immer weiter – zurück bleiben die Arbeitslosen und ein immer ärmerer Staat. Und der will jetzt in seiner selbst geschaffenen Finanznot auch noch die Arbeitszeit verlängern, wodurch die Arbeitslosigkeit noch weiter ansteigen würde. Wenn die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gegen diese irrwitzige Logik seit Wochen streiken, haben sie mehr als Recht. Denn so ist wirklich kein Staat zu machen.

betrifft men



FOTOS: BERND SCHOENBERGER; KAY HERSCHELMANN; GDP; DBB; PRIVAT

ver.di-Streik auf dem Opernplatz in Hannover: Der erwerbslose Eckhard Heim (rechts) vom Arbeitslosenkreis Hannover mit Arthur Gnatzy aus dem Betrieb der Hannoverschen Informationstechnologie auf der Terasse des Opernhauses

Liebe ver.di-Kolleginnen und -Kollegen,

Es war wohl ein vorgezogener Aprilscherz, als Finanzminister Hartmut Möllring vor fünf Wochen am ersten Streiktag sagte: „Wir haben 5 Millionen Arbeitslose, die begeistert wären, in den öffentlichen Dienst zu kommen...“ Da hatte er wohl den Einstellungsstopp der niedersächsischen Landesregierung vergessen?

Ihr kämpft gegen die Verschlechterung und den Abbau von jahrzehntelang hart erkämpften Arbeitnehmer-Rechten, auch wir Erwerbslose kämpfen gegen weiteren Sozialabbau durch Hartz-IV usw.

Niedriglohn, Zeitarbeit, Tarifdumping oder gar „Ein-Euro-Jobs“ werden uns da angeboten, und wir

wissen deshalb sehr gut, welche Arbeit wir nicht wollen.

Die Maßnahmen der Regierenden führen zu weiterem Arbeitsplatzabbau und zu noch mehr Spaltungen zwischen Noch-Beschäftigten und Erwerbslosen, obwohl wir alle nicht zu den „Besserverdienenden“ gehören.

Davon haben wir – genau wie ihr – die Nase voll!

Wir unterstützen euren Streik! Gemeinsam lassen wir uns nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verheizen! 40-Stundenwoche? Nein!

VER.DI-BEZIRKSERWERBSLOSENAUSSCHUSS REGION HANNOVER



WEGEKÜRZT: Wenn sich in den Tarifaueinandersetzungen im öffentlichen Dienst die Arbeitgeber mit ihrer Forderung nach längeren Arbeitszeiten durchsetzen, würde jeder 25. Arbeitsplatz wegfallen. Und noch mehr Arbeitslose statt Müllsäcke auf der Straße stehen. FOTO: DAVID HECKER / DDP [M]

PRESESTIMMEN

DER TAGESSPIEGEL, 12.03.06

Über die Schmerzgrenze
 „...Mehr als zwölf Stunden saß man zusammen, um dann festzustellen: alles nur Bluff. Kläglicher ist selten ein Tarifgespräch gescheitert. Von Verhandlungen mag man gar nicht reden, denn es ging nicht um das Für und Wider von Positionen, das Ausloten von Schmerzgrenzen und schließlich das Schnüren eines Pakets mit so vielen Inhalten, dass für alle etwas dabei ist. Nein. Dieses Tarifgespräch war eine Shownummer...“

Nun ist Möllring ein Minister aus Niedersachsen. Doch in den Berlin (Schein-)Verhandlungen wusste er die Mehrheit der Ministerpräsidenten hinter sich. Wollen die alle eine andere Republik? Ist das jetzt die Rache der Wulffs, Stoibers und Oettingers für die nicht gewonnene Bundestagswahl? Damals haben die Wähler gegen das schwarz-gelbe Modell votiert, gegen den Kapitalismus pur. Zu den Wählern gehören auch die seit Wochen unter dem Arbeitskampf leidenden Bürger. Deren Belange spielen offenbar keine Rolle im Kalkül der Möllrings. Für die Frechheit von Berlin sollten die deshalb vom Wähler die Quittung bekommen.“

FRANKFURTER RUNDSCHAU, 13.03.06

Die falsche Besetzung
 „Die Öffentlichkeit hat seit diesem Wochenende Grund genug, sich umzustellen: Sie sollte ihren Verdross über den Streik im öffentlichen Dienst von ver.di und deren Vorsitzenden Frank Bsirske auf Hartmut Möllring, Verhandlungsführer der Länder, umlenken. Er hat ihn inzwischen redlich verdient.“

Das liegt weniger daran, dass Hartmut Möllring, was seine Aufgabe ist, hart im Sinne der Bundesländer verhandelt. ... Vielmehr liegt inzwischen der Verdacht nahe, dass Hartmut Möllring weniger als tarifpolitischer Verhandlungsführer, denn als CDU-Politiker handelt. Als ein CDU-Politiker, der tariffreie Zonen am liebsten mag, für den Manteltarifverträge ein Übel sind. Dass er also im Kern nicht innerhalb des gesetzten Rahmens eine Einigung aushandelt, sondern diesen Tarifstreit nutzen will, um das Tarifsystem weiter zu beschädigen, diesen Verdacht wird er nun nicht mehr los. Er missbraucht seine Rolle als Verhandlungsführer. ...“



Gemeinsame Demonstration am 9. März in Hannover FOTO: DBB

KÖLNER STADT-ANZEIGER, 13.03.06

Schlichter gesucht
 „... Wenn die Verhandlungen jetzt für eine Pause des Nachdenkens unterbrochen sind, ist dies nichts anderes als das Eingeständnis, mit den Verhandlungskünsten am Ende zu sein. Groß war das Geschick ohnehin nie. Deshalb regt sich zu Recht Widerstand gegen den eigenen Unterhändler, Hartmut Möllring (CDU). Der Finanzminister aus Hannover will die Gewerkschaften in Sachen Arbeitszeit und Sonderzahlungen einem Diktat unterwerfen. So funktioniert aber Tarifautonomie nicht – auch dann nicht, wenn der Staat Arbeitgeber ist.“

BERLINER MORGENPOST, 12.03.06

Spiel mit dem Feuer
 „Möllring und die Hardliner haben den Bogen überspannt, die Gewerkschafter zeigen durchaus Entgegenkommen. Jetzt auf den Kompromiss von ver.di nicht einzugehen, bedeutet, ganz bewusst den Bestand des Flächentarifvertrags und die Funktionen der TdL zu riskieren. Den Gewerkschaften Grenzen aufzuzeigen, ist eine Sache. Mit dem Feuer zu spielen, wie Möllring es tut, eine andere.“

AKTION

Unterstützen Sie uns!

Senden Sie eine **SMS** „Mindestlohn, Vorname, Nachname und Wohnort“ an **7 26 26**

KEIN LOHN

UNTER 7,50

Euro pro Stunde

VERÖFFENTLICHUNG OHNE TELEFONNUMMER AUF DER UNTERSCHRIFTENLISTE VON VER.DI UND NGG AUF www.mindestlohn.de

NORMALE SMS-GEBÜHR, KEINE WEITERGABE.

SOLIDARITÄT

18 lange Minuten ...

Die Gesellschafter der Welle Motor FM haben einen Auftrag, ihre Mitarbeiter eine Haltung zum Streik im öffentlichen Dienst

Gerade noch wummerte laute Musik aus dem Radio, Musik für junge Leute, für die in der angesagten Berliner Szene. Und dann, um Punkt 17 Uhr: Stille, Schweigen, Nichts. Nur ein Moderator sagte alle 10 Sekunden die Zeit an, immer wieder, bis 17 Uhr 18 – am Montag, den 20. Februar, schickte der Berliner Privatsender 100,6 Motor FM für 18 lange Minuten ein unüberhörbares Signal des Protests in den Äther durch demonstratives Verstummen.

Petra Decker, Programmdirektorin und Mitarbeitersprecherin des jungen, progressiven Privatsenders, berichtet, warum sie und ihre Kollegen diese Aktion gestartet haben: „Wir waren sauer über die Art und Weise, wie die Diskussion über die Streiks im öffentlichen Dienst in den Medien geführt wird.“ Statt von der For-

derung der Arbeitgeber nach 1,5 Stunden pro Woche beziehungsweise 6,9 Stunden Mehrarbeit pro Monat ohne Lohnausgleich sei nur von 18 Minuten täglich die Rede. „Der Protest der Gewerkschaften und Arbeitnehmer wird damit als kleinlich diskreditiert.“

Die jungen Radio-Leute solidarisierten sich auf ihre Weise: „Wenigstens an einem Tag sollten die Hörer

merken, wie lang 18 Minuten tatsächlich sein können“, so Petra Decker. Mona Rübsamen, Markus Kühn und Tim Renner, die Teilhaber des Senders, nahmen die Protestaktion gelassen: „Wir haben einen Auftrag und unsere Mitarbeiter eine Haltung – das passt zusammen. Stille im Radio wird uns und den Hörern wehtun, aber wir nehmen das im Sinne des Betriebsfriedens in Kauf.“

IMPRESSUM

EXTRA ZUM STREIK IM ÖFFENTLICHEN DIENST:
 VER.DI-BUNDESVORSTAND, PAULATHIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN
 POSTANSCHRIFT: 10112 BERLIN
 TEL: 030/6956-0, FAX: 030/6956-3012
 E-MAIL: REDAKTION.PUBLIK@VERDI.DE

HERAUSGEBER:
 FRANK BSIRSKA, VORSITZENDER DER VEREINTEN DIENSTLEISTUNGS-GEWERKSCHAFT VER.DI

REDAKTION: MARTIN KEMPE (V.I.S.D.P.), ULRICH HOHNHOF, RÜDIGER HOLECEK, PETRA GROLL, CHRISTIAN JUNGELOTT, RENATE KOSSMANN, LOTTE LEHM-BRUCK, ULF RÖDDE, PETRA WELZEL

GESTALTUNG UND PRODUKTION:
 BUCKENDAHL: DESIGN, HAMBURG

DRUCK: ALPHA-PRINT-MEDIEN AG, DARMSTADT; HENKE PRESSEDRUCK GMBH & CO.KG, BERLIN; SCHENCKELBERG STIFTUNG & CO.KGAA, MECKENHEIM